

13.02.2024

ANTRAG

der Abgeordneten Heinreichsberger, MA, Sommer, Schmidl und Gerstenmayer

betreffend **Klares NEIN zum Ausbau der Atomkraft in Tschechien und für einen konsequenten und raschen Umstieg auf Erneuerbare Energie**

Am Standort des AKW Dukovany, welches sich nur 32 km von der niederösterreichischen Landesgrenze entfernt befindet, sind seit 1985 bzw. 1987 vier Druckwasserreaktoren mit einer Gesamtleistung von 1792 Megawatt (MW_{el}) in Betrieb, deren Laufzeit auf 40 Jahre verlängert wurde. Im März 2021 hat die tschechische Regierung die atomrechtliche Standortbewilligung für den Bau von bis zu zwei neuen Reaktoren in Dukovany erteilt. Niederösterreich hat alle Rechtsmittel im UVP-Verfahren ausgeschöpft.

Ende November 2022 wurde die Ausschreibung für einen neuen Reaktorblock (Dukovany-5) mit einer Leistung von 1.200 MW_{el} offiziell eröffnet. Dieser Reaktor soll rund 2,7-mal so groß werden, wie jeder einzelne der vier derzeit bestehenden Reaktoren. Insgesamt sollen nach Plänen der tschechischen Regierung verbindliche Angebote für den Bau von insgesamt vier Reaktoren – zwei in Dukovany (5&6) und zwei in Temelin (3&4) vorgelegt werden.

Aktuell hat das tschechische Industrieministerium das überarbeitete staatliche Energiekonzept in das Begutachtungsverfahren geschickt. Als zentralen Punkt beinhaltet das Konzept den massiven Ausbau der Atomkraft, der mehr als die Hälfte der Stromproduktion decken soll. Die Notwendigkeit, vier zusätzliche Atomreaktoren zu bauen, ergebe sich aus der Entwicklung des Energiesektors. Ziel sei die schrittweise Reduzierung der Treibhausgasemissionen und das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050.

Die Finanzierung der vier neuen Reaktoren ist derzeit noch unklar. Im Jahr 2020 hat die tschechische Regierung für den Ausbau des Kernkraftwerks Dukovany-5 ein Finanzierungsmodell beschlossen. Es besteht aus einem staatlichen Kredit, einem Abnahmevertrag für den produzierten Strom und einer Schutzklausel (regulatorische bzw. politisch Risiken werden vom Staat übernommen). Die Europäische Kommission (EK) hat Ende Juni 2022 eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob die geplante staatliche Unterstützung Tschechiens für den Bau eines neuen Kernkraftwerks in Dukovany mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar ist. Das Land Niederösterreich hat dazu, gemeinsam mit dem Land Oberösterreich, eine kritische Stellungnahme abgegeben.

Die EU-Staaten sind sich über die Rolle der Atomenergie uneins. Es haben sich zwei Lager gebildet. Auf der einen Seite Länder wie Deutschland, Österreich, Luxemburg und Spanien, die strikt gegen den Ausbau der Atomkraft in Europa zur Erreichung der Klimaziele eintreten. Auf der anderen Seite haben sich elf Staaten, darunter unsere direkten Nachbarstaaten Tschechien, die Slowakei, Slowenien und Ungarn, unter der Führung von Frankreich, zur Allianz der europäischen Atomenergie-Befürworter zusammengeschlossen.

Die Argumente gegen Atomstrom liegen jedoch auf der Hand:

- Neue Atomkraftwerke haben eine geschätzte Bauzeit von rund 15 Jahren. Damit kommen sie zu spät, einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen die Klima- und Energiekrise zu leisten.
- Strom aus Atomenergie wesentlich teurer als die Stromherstellung aus Windkraft und Sonnenenergie.
- Atomkraftwerke sind eine Hochrisikotechnologie, störanfällig und mit potentiellen Sicherheitsrisiken für die Bevölkerung behaftet. Ende Jänner 2024 kam es zu einer technischen Störung im AKW Temelin - aufgrund eines Lecks musste Block 2 abgeschaltet werden. Auch die aktuelle Ukraine Krise zeigt - kein AKW ist „kriegssicher“ ausgelegt.
- Die Endlagerung des hoch radioaktiven Abfalls ist nicht gelöst.

Österreich und Niederösterreich gehen den sicheren und sauberen Weg der Erneuerbaren Energie. Nur durch Überzeugung der Bevölkerung, dass die Zukunft in Erneuerbarer Energie liegt, ist eine nachhaltige Änderung der Atom- und Klimapolitik möglich.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich die bereits gesetzten Aktivitäten zur Verhinderung des Atomkraft-Ausbaus in Tschechien fortzusetzen.

2. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern,

- a. die legitimen Sicherheitsinteressen der österreichischen Bevölkerung klar zu vertreten und dem massiven Ausbau und der Subventionierung von Atomkraftwerken in Tschechien mit allen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln entgegenzuwirken,
- b. von der EU-Kommission verstärkt zukunftsorientierte und nachhaltige Rahmenbedingungen zum Ausbau erneuerbarer Energien einzufordern und
- c. sich weiterhin konsequent für Allianzen von atomkraftfreien Staaten in Europa einzusetzen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu beschleunigen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem EUROPAAUSSCHUSS so zeitgerecht zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung in der Landtagssitzung am 22. Februar 2024 erfolgen kann.